

\* Die Erhöhung des Omnibusfahrpreises, auf die durch Notizen schon seit einiger Zeit vorbereitet wurde, soll jetzt Tatsache werden. Die Leitung der „Allgem. Berliner Omnibus-A.-G.“ sendet uns eine längere Darlegung, worin zunächst darauf hingewiesen wird, wie groß das Bedürfnis nach Omnibussen in Berlin ist, die 1915 von nahezu 80 Millionen Fahrgästen benutzt wurden. Der billige Preis von 5 Pfennigen für die Teilstrecke, 10 Pfennig für längere Strecken decke aber nicht mehr die durch den Krieg verursachten höheren Unkosten, die jetzt einen täglichen Verlust von 4000 bis 6000 M. bringen, was für das volle Jahr mehr als 1½ Mill. M. ausmachen würde, wozu noch die erforderlichen Abschreibungen treten. „Derartige Verluste können den Aktienbesitzern nicht wohl zugemutet werden. Bei dieser Gelegenheit sei die in der Öffentlichkeit aufgetretene Annahme richtiggestellt, die Große Berliner Straßenbahn und die Hochbahn-Gesellschaft hätten sämtliche Aktien der Gesellschaft erworben; tatsächlich befindet sich ein ganz umfangreicher Aktienbesitz in den Händen kleiner Kapitalisten.“

Um ein gesundes Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben zu erzielen, müßte bei der heutigen Preislage auch die Teilstrecke mit 10 Pf. berechnet werden. Die Gesellschaft will aber vorerst versuchen, mit einem Zwischenpreise von 7½ Pf. auszukommen. Die Omnibus-Gesellschaft wird, da die Lösung mehrerer Fahrscheine bei einem großen Teil der Fahrgäste nicht beliebt ist, eine Wertmarke von 2½ Pf. prägen lassen, die dem Fahrgast bei Zahlung von 10 Pf. vom Schaffner herausgegeben wird. Die nächste Fahrt kann dann mit einem 5 Pf.-Stück und dieser Wertmarke bezahlt werden. Dem Fahrgast erwachsen bei diesem Verfahren kaum Unbequemlichkeiten, da er nie mehr als eine dieser Wertmarken mit sich zu führen braucht. Die Omnibus-Gesellschaft hofft, so schreibt die Zuschrift, auf die Anerkennung des Publikums und der Behörden, daß sie ihren Betrieb auch unter schwierigsten Verhältnissen mit Opfern aufrechterhalten hat. Sie kann unter den obwaltenden Verhältnissen auch bei der geplanten Fahrpreiserhöhung einen Gewinn nicht erwirtschaften, wird vielmehr auch weiterhin noch Verluste auf sich nehmen müssen, sie werden aber wenigstens einigermaßen herabgemindert. Die Gesellschaft rechnet daher auf wohlwollende Aufnahme ihrer beabsichtigten Maßnahmen, die sie, wenn die Behörden Einwendungen nicht erheben, in etwa eineinhalb bis zwei Monaten einzuführen gedenkt.